



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Windthorst

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Entwicklung der letzten Jahre die Entscheidung in die Hände gespielt hatte. In der Hauptsache läßt sich die augenblickliche Lage dahin feststellen, daß die Entscheidung bei uns von der Haltung unsers Großgrundbesitzes, also der Konservativen, abhängen wird. Es herrscht die Befürchtung, daß die ohnehin schwierige Lage unsrer Landwirte durch einen Zufluß billigen Getreides aus Ungarn noch wesentlich erschwert werden könnte. Das Interesse der Partei erheischt eine möglichst geringe Erniedrigung der Getreidezölle.

Wohin die Entwicklung führen wird, können wir zwar im Augenblicke nicht absehen; wirtschaftliche Opfer zu bringen, um in Zukunft Vorteile zu erringen, die sich noch nicht aufzählen oder abwägen lassen, das mag schwer genug fallen. Doch scheint uns, daß die von unsrer Industrie gehofften Vorteile mittelbar auch der Landwirtschaft zu gute kommen müssen, schon weil sie fast überall selbst mit der Industrie verbunden wird. Wer Zucker produziert oder Branntwein brennt, steht bereits mit beiden Füßen auf dem Interessensboden der Industriellen. Das ist aber für uns nur ein Gesichtspunkt zweiter Ordnung. Das Wesentliche liegt in der Unmöglichkeit, auf die Dauer die Lage zu ertragen, die uns Amerika und Rußland wirtschaftlich geschaffen haben, sowie in der weitern Notwendigkeit, unser politisches Bündnis mit Österreich durch die ehernen Bande gleicher materieller Interessen dauernd zu befestigen. Das wirtschaftlich-politische Bündnis mit Österreich ist aber nur die Vorstufe zu weitem Verträgen verwandter Natur, und das lockende Ziel ist: ein wirtschaftlich geeinigtes Mitteleuropa, das, auf seine Kolonien gestützt, unabhängig bleibt von der Feindseligkeit im Osten und von dem wirtschaftlichen Egoismus jenseits des Meeres.



## Windthorst



n Ludwig Windthorst ist ein Mann aus der Welt geschieden, der auf die Geschicke Deutschlands einen tiefgreifenden Einfluß geübt hat. Bewunderung verdient er, weil er diesen Einfluß nur durch seine geistigen Eigenschaften errungen und weil er sich diese Eigenschaften bis in ein hohes Alter bewahrt hat. Bei seinem Tode sind viele Blätter seines Ruhmes voll gewesen, nicht allein Blätter derjenigen Partei, deren Interessen er vertrat, sondern auch Blätter ganz andrer Richtung. Aber die Geschichte ist eine strenge Wissenschaft. Sie

wird nicht nach den bei dem Tode zu Tage getretenen augenblicklichen Eingebungen ihr Urteil fällen, sondern eine breitere Grundlage dafür suchen. In diesem Sinne auch unsererseits ein Scherflein zur geschichtlichen Würdigung des Mannes beizutragen, ist der Zweck dieses Aufsatzes.

Windthorst war in seiner hannoverschen Heimat von Haus aus Advokat. Im Jahre 1848 ging er in den höhern Staatsdienst über und wurde während der fünfziger und sechziger Jahre zweimal hannoverscher Justizminister. Die Katastrophe von 1866 traf ihn als Kronoberanwalt in Celle. Sein Nachfolger im Ministerium, Leonhardt, obwohl auch er seinem Könige zum Kriege mit Preußen geraten hatte, hatte schnell mit Preußen seinen Frieden gemacht, war bereits am 4. Dezember 1867 preußischer Justizminister und nahm als solcher auch keinen Anstand, schon am 2. März 1868 die Verordnung über Beschlagnahme des Vermögens seines frühern Königs mit zu unterzeichnen. Ob Windthorst jemals den Wunsch gehegt hat, in den preußischen Staatsdienst einzutreten, wissen wir nicht, glauben es aber kaum. Statt dessen widmete er sich vom Jahre 1867 an der parlamentarischen Thätigkeit in Reichs- und Landtage und blieb dieser treu bis zu seinem Tode.

Durch das ganze parlamentarische Leben Windthorsts zieht sich nun ein gewisser Grundzug hindurch. Das ist der Haß gegen Preußen und gegen das von Preußen geschaffene deutsche Reich. Welche innern Beweggründe ihn hierzu getrieben haben mögen, darüber urteilen wir nicht. Wir halten uns nur an die äußern Thatfachen. Diese sprechen, wenn man sie in ihrer Gesamtheit überblickt, eine so deutliche Sprache, daß kein Unbefangener sie verkennen kann.

Dem Reiche gegenüber äußert sich jener Grundzug in dem fortgesetzten Streben, jede Entwicklung des Reiches zu hemmen. Preußen gegenüber aber war Windthorst bemüht, alle Mängel des preußischen Staatslebens aufzudecken und der preußischen Regierung möglichste Schwierigkeiten zu bereiten. Dabei war Windthorst durchaus nicht immer im Unrechte. Daß das preußische Staatsleben mit seinen bürokratischen Einrichtungen vielfache Schwächen darbietet, ist ja unleugbar. Mit seltnerm Scharfblick wußte nun Windthorst überall diese Schwächen aufzufinden und sie mit schlagenden Worten ans Licht zu ziehen. Dadurch gewann er einen gewissen liberalen Schein. Dann aber trat er auch wieder, seiner eigentlichen Natur entsprechend, für die reaktionärsten Dinge in die Schranken. Natürlich erwarb er sich damit je den Dank derjenigen Partei, die mit ihm sachlich übereinstimmte; und noch dankbarer war ihm diese, wenn er bei der Abstimmung ihr den Heerhaufen seiner Fraktion zuführte. So reichte er bald dieser bald jener Partei die Freundeshand und war nicht selten der ausschlaggebende Mann.

An den sachlichen Arbeiten von Reichstag und Landtag beteiligte sich Windthorst so gut wie gar nicht. Überall spitzten sich seine Reden politisch

zu. Ob er überhaupt auf sachlichem Gebiete schöpferische Gedanken gehabt habe, ist höchst zweifelhaft. Sedenfalls war es ihm nicht der Mühe wert, an die öffentlichen Dinge ernste Arbeit zu wenden. Seine Stärke bestand nur in der Kritik und in der Kunst des Plädirens. Unter Umständen traf er dabei den Nagel auf den Kopf. Aber er verstand auch mit einer Dialektik ohne Gleichen zu übertreiben und zu entstellen, zu schmeicheln und zu verlocken, zu verdächtigen und Furcht einzuflößen. Er verstand ein Gift in seine Worte zu legen, daß schwer dagegen aufzukommen war. Dabei fesselte er aber wieder die Menge seiner Zuhörer durch die Einfachheit und Natürlichkeit seines Ausdruckes, durch die Witze und Scherze, die er stets in seine Reden einflocht, und durch die Schlagfertigkeit, mit der er eingeworfene Zwischenrufe beantwortete. Und selbst die, die vielleicht über die Absicht seiner Rede tief empört waren, mußten doch die Kunst bewundern, die es ermöglichte, so falsche Dinge in so einleuchtender Weise darzustellen.

Es kann uns aber nicht genügen, es bei dieser allgemeinen Schilderung von Windthorsts Wesen bewenden zu lassen. Wir wollen etwas näher in die Einzelheiten seiner Thätigkeit eingehen, weil erst hierdurch ein lebendiges Bild von dem Manne gewonnen wird. Wir müssen in dieser Beziehung zwei Perioden unterscheiden, die Zeit von 1867 bis 1870 und die Zeit von 1871 an. Windthorst selbst war in beiden Perioden derselbe. Aber Umstände und Verhältnisse änderten sich mit dem Jahre 1871 in der Art, daß von da an die eigentliche Bedeutung des Mannes begann und fortwährend wuchs.

Für jene erste Periode müssen wir zwischen Landtag und Reichstag unterscheiden. In dem preussischen Abgeordnetenhaufe war Windthorst von Anfang an sehr regsam. Er vertrat vor allem, wozu er ja vollkommen berechtigt war, die Interessen seines Heimatlandes Hannover und war zugleich ein Lobpreiser hannoverscher Verhältnisse. Eine bedeutende Wirksamkeit hat er damit nicht geübt. Die Provinz Hannover wurde von der preussischen Regierung ohnehin möglichst berücksichtigt und begünstigt. Die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg aber vermochte Windthorst auch mit der glänzendsten Rede nicht rückgängig zu machen.

In dem norddeutschen Reichstage hielt sich Windthorst anfangs sehr zurück. Er sprach nur selten. Wenn er aber redete, so zielten seine Worte nur darauf, die Entwicklung des Reiches zu hemmen. Gleich in der ersten Sitzung führte er sich damit ein, daß, als von vielen Seiten die Aufstellung einer Rednertribüne im Sitzungsraume des Reichstages verlangt wurde, er sich lebhaft dagegen erklärte. „Ich glaube, daß dadurch den Beratungen unsers Hauses ein absolut anderer Charakter gegeben wird.“ Bei Beratung der Verfassung trat er eifrig für ein neben dem Reichstag und dem Bundesrat zu schaffendes Oberhaus ein (28. März 1867). Natürlich! mit einem solchen würde der Gesetzgebung des Reiches ein arger Hemmschuh angelegt gewesen

sein. Von der Verfassung selbst sagte er: „Ich bin der Meinung, daß, mögen wir uns drehen und wenden, wie wir wollen, mit der Verfassung der Einheitsstaat gegeben ist. Alles andre darin ist nur Beiwerk“ (26. März 1867). Wo sich irgend eine Handhabe dazu bot, bekämpfte er jedes Reichsgesetz aus dem Gesichtspunkte der mangelnden Kompetenz. Er war, wenn nicht der Erfinder, doch der Hauptvertreter der Lehre, daß die „Kompetenz des Reiches“ nicht in der Form des Artikels 78 der Reichsverfassung erweitert werden könne. Vielmehr sei dazu eine neue Vereinbarung sämtlicher Regierungen mit Zustimmung sämtlicher Landtage erforderlich. Damit würde jede weitere Entwicklung des Reiches lahm gelegt gewesen sein. Besonders eifrig machte er diese Lehre geltend, als der Antrag gestellt wurde, das gesamte bürgerliche Recht in die Reichsgesetzgebung hereinzuziehen. Zugleich suchte er diese Erweiterung als höchst gefährlich darzustellen. „Wenn wir das gesamte bürgerliche Recht und das Strafrecht der Bundesgesetzgebung vindizieren, dann bleibt für die übrigen deutschen Staaten nichts übrig; dann werden sie einem ausgeblasenen Eie gleichen“ (19. April 1869). Diesen Insinuationen an die deutschen Regierungen Ausdruck zu geben, war Windthorst unermüdlich, so oft dieser Gegenstand zur Sprache kam. „In diesem Antrag liegt der Versuch, die Einzelstaaten zu beseitigen und den Einheitsstaat herzustellen.“ „Was helfen die Hoheitszeichen, wenn die Hoheiten dahin sind?“ „Mit dieser Ausdehnung ist der Inhalt aller Einzelstaaten vernichtet. Sie werden nur noch Verwaltungskörper sein, deren Präsident ein erblicher ist.“ „Hüten wir uns vor dem Fanatismus des Einheitsstaates.“ „Die Bundesregierungen wollen den schönsten Schmuck ihrer Krone zu den Füßen des Abgeordneten Lasker niederlegen. Das ist eine Abdikation.“ „Über 25 Jahre wird das Haus Wittelsbach eine Stellung haben, wie jetzt das Haus Hohenlohe.“ (So in den Reden vom 15. November 1871, 31. Mai 1872, 2. April 1873.)

Ein wahres Meisterstück Windthorst'scher Redekunst war aber die Rede, womit der gefeierte Mann am 5. Dezember 1870 die Genehmigung der Verträge über Eintritt der süddeutschen Staaten in das deutsche Reich bekämpfte. Unmittelbar vorher hatte der Reichstag die offizielle Kunde erhalten, daß der König von Preußen die Kaiserwürde annehmen werde. Die freudige Erregung des Hauses suchte Windthorst mit folgender Rede zu dämpfen.

Er würde, sagte er, die eben gehörte Kundgebung noch lebhafter begrüßen, wenn das Werk, das damit gekrönt werden solle, bereits eine feste Unterlage hätte. Das sei aber durchaus nicht der Fall. Die neue Verfassung sei ein verwickelter Terrassenbau, in dem man keine Orientirung finden könne. Es fehlten noch wichtige Aktenstücke; insbesondere die Aktenstücke darüber, wie sich die übrigen Süddeutschen zu dem bairischen Vertrage stellten. „Ich könnte mir denken, daß die Herren in Württemberg finden, es hätten die Baiern außer Bier und Branntwein noch allerlei andere Sächelchen bekommen, die

sie auch brauchen könnten.“ Der Beitritt der Staaten sei in ganz verschiedner Weise erfolgt. Baden und Hessen seien der norddeutschen Verfassung beigetreten. Baiern und Württemberg hätten besondere Verträge abgeschlossen, worin sie der mit Hessen und Baden vereinbarten Verfassung beizutreten sich verpflichteten. Nun bestehe aber die mit Hessen und Baden vereinbarte Verfassung noch nicht. Also fehle auch jenen Verträgen die Grundlage. „Denn einem Embryo kann man doch unmöglich beitreten?“ Er könne diesem Terrassenbau nicht seine Zustimmung geben, er fürchte, daß ein Fuchsbau daraus werde.

Der Reichstag sei aber auch gar nicht kompetent, diese Verfassung zu genehmigen. Artikel 79 der Reichsverfassung sei nicht anwendbar, da ja die Süddeutschen nicht einfach dem Nordbunde zugetreten seien. Artikel 78 sei aber auch nicht anwendbar. Vielmehr könne der Zutritt nur mit Zustimmung sämtlicher Bundesregierungen und Landesvertretungen erfolgen. Namentlich bedürfe es auch der Zustimmung beider Häuser des preußischen Landtags „Ich mache kein Hehl daraus, daß ich gerade das Herrenhaus darüber hören möchte.“ Jedenfalls sei aber der gegenwärtige Reichstag nicht kompetent. Denn dieser habe am 21. Juli 1870 (angesichts des ausgebrochenen Krieges!) für sich selbst die Legislaturperiode verlängert. Das sei ein Rechtsbruch gewesen. „Es giebt niemals eine Lage, wo man das Recht brechen kann.“

In der Sache selbst sei es zweifelhaft, ob die beabsichtigte Aufnahme der Süddeutschen vereinbar sei mit dem Prager Frieden. Man müsse erst mit der österreichischen Regierung ins Vernehmen treten. Die Verträge seien zu Versailles geschlossen, dem Plaze der geschorenen Hecken. „Ich fürchte, daß viele von denen, die bei diesem Werke die Schere geführt zu haben glauben, zu ihrer Überraschung entdecken könnten, daß sie die Geschorenen sind.“ Werde die Verfassung eingeführt mit der Bedeutung, die jetzt dem Artikel 78 gegeben werde, so sei das die Mediatisirung der Einzelstaaten, auch Preußens. Die Landesvertretungen der Einzelstaaten würden auf eine Provinzialstellung herabgedrückt. Auch die Stellung des Herrenhauses werde absolut erschüttert.

Jetzt sollten nun auch Presse und Vereinsrecht der Zuständigkeit des Reiches unterworfen werden. Da sage er: Nein! so lange man nicht die unumstößlichen Garantien auf politischem und kirchlichem Gebiete, die die preußische Verfassung gewähre, auch im Reiche habe. Eine gemeinsame deutsche Verfassung müsse auf eine andre Basis gestellt werden. Es dürften keine Ungleichheiten zwischen den einzelnen Staaten ausbedungen werden; solche erregten nur Eifersucht der Regierungen und Stämme untereinander, die für Deutschland verhängnisvoll werden könne. Warum solle nicht Sachsen so gut gestellt sein wie Baiern, Baden so gut wie Württemberg? Vor allem aber entbehre die Verfassung einer monarchischen Spitze und einer verantwortlichen Regierung. „Das gegenwärtige Großveziriat kann unmöglich fort dauern.“ Sie entbehre ferner eines Oberhauses. Ohne ein solches werde „unzweifelhaft“

erst die Zentralgewalt die Einzelstaaten zerreiben; dann aber die Reibung zwischen der Zentralgewalt und dem einen Hause sich fortsetzen und daraus schließlich Absolutismus oder die Republik „unzweifelhaft“ hervorgehen. „Also ich verlange absolut und notwendig das Oberhaus.“ Für den Reichstag aber verlange er Diäten. Ohne solche sei ein ordentliches Volkshaus unmöglich. Endlich verlange er für eine ordentliche Verfassung ein Bundesgericht. „So lange ich das nicht bekomme, habe ich keine Verfassung.“ „Täuschen wir uns nicht — und auch die Baiern werden sich darüber gewiß nicht täuschen —, alles, was sie erreicht haben, mag eine augenblickliche Beruhigung geben, Sicherheit giebt es nicht — sie, wie wir, sind mediatisirt, und die Hindernisse, die sie dagegen gelegt haben, werden wie vor dem Winde zerstäuben.“

So die Rede des vielgewandten Mannes. Man sieht daraus, wie er nach allen Seiten die Fangarme ausstreckte und die Menschen durch Verlockungen zu kirren oder durch Beängstigungen zu schrecken suchte. Keine von allen seinen ungeheuerlichen Prophezeiungen ist eingetroffen. Und nun fragen wir ganz einfach: Hat Windthorst wirklich an all das Unglück, das er prophezeite, geglaubt? Bejaht man diese Frage, dann müssen wir ihn für einen sehr beschränkten Menschen halten. Hat er aber selbst nicht daran geglaubt, hat er seine Weissagungen ebenso, wie seine elenden juristischen Spitzfindigkeiten, nur nach Art eines rabulistischen Advokaten zum Schrecknis der Menschen an die Wand gemalt, wofür müssen wir ihn dann halten?

Mit allen seinen Protestationen, Kompetenzbestreitungen und Unglücksprophezeiungen richtete er während dieser ersten Periode seiner Thätigkeit nichts aus. Das Reich entwickelte sich schnell in erfreulichster Weise. Hätte dieser Stand der Dinge angedauert, so wäre Windthorst ein unbedeutender Mann geblieben, und er würde schließlich mit all seinen Tiraden, denen ja jede ernste Grundlage fehlte, nur verlacht worden sein. Mit dem Jahre 1871 aber trat, vielleicht schon länger vorbereitet, eine Veränderung ein, die ihn in eine ganz andre Stellung brachte.

Unter dem Feldgeschrei, daß durch die Entthronung des Papstes die katholische Religion in Gefahr gebracht sei, hatte man es in den katholischen deutschen Ländern dahin gebracht, daß bei der Reichstagswahl vom 3. März 1871 eine große Anzahl ultramontaner Abgeordneten gewählt worden war. In Süddeutschland, namentlich in Baiern, bedurfte es nicht einmal dieses Reizmittels, um einen bedeutenden Teil der Wahlen ultramontan ausfallen zu lassen. Diese Elemente einigten sich nun im Reichstage zu einer neuen Fraktion, dazu bestimmt, die Interessen der katholischen Kirche vom klerikalen Standpunkt aus zu vertreten. Da man das aber nicht Wort haben wollte, nahm die Fraktion den unschuldigen Namen des „Zentrums“ an. Gleichzeitig mit der Bildung dieser Fraktion im Reichstage ging die Bildung einer gleichen Fraktion

im preußischen Abgeordnetenhause vor sich. Dieser Vereinigung gehörte nun Windthorst an, und durch seine geistige Begabung wurde er bald ein Hauptführer derselben. Nun hatte er, was er für seine Wirksamkeit brauchte: eine hinter ihm stehende starke Fraktion, die durch ihre Abstimmung seinen Worten Nachdruck verlieh. Gleich anfangs trat die Fraktion im Reichstage mit 57, im Landtage mit 54 Mitgliedern auf. Auch die hannoverschen Partikularisten schlossen sich ihr an. Hand in Hand mit ihr gingen auch die Polen.

Die Fraktion begann ihre Wirksamkeit im Reichstage mit dem doppelten Begehren, daß das deutsche Reich für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes eintreten solle, und daß die Paragraphen der preußischen Verfassung über die Selbständigkeit der Kirchen, die so üble Zustände herbeigeführt hatten, in die Verfassung des deutschen Reiches aufgenommen werden sollten. Damit war die Stellung des Zentrums als einer Oppositionspartei von vornherein gegeben. Denn weder die Reichsregierung noch die Mehrheit des Reichstages vermochte auf diese Begehren einzugehen. Bismarck nahm den ihm dargebotenen Kampf auf. In der klaren Erkenntnis, daß die Herrschaft, die der katholische Klerus in einem großen Teile von Deutschland übt und mittels deren er einen Staat im Staate zu bilden für seine Kirche in Anspruch nimmt, zu den Erbübeln deutscher Nation gehört, wollte er den Versuch machen, diese Herrschaft zu brechen. So entstand der Kampf, der sich durch eine Reihe von Jahren hinzog und unter dem Namen „Kulturkampf“ bekannt ist. Hätte Bismarck in diesem Kampfe gesiegt, so würde dadurch unserm Vaterlande die größte Wohlthat erwiesen worden sein, und er würde seinen unsterblichen Verdiensten noch ein schwerwiegendes weiteres hinzugefügt haben. Daß Bismarck in diesem Kampfe nicht siegte, daß er sich schließlich gedrungen fühlte, den Kampf aufzugeben und die Schöpfungen desselben wieder abzubrechen, das ist vorzugsweise das Werk Windthorsts. Er hat den innern Zwiespalt festgehalten, an dem schon einmal Deutschland fast zu Grunde gegangen ist. Darin besteht die geschichtliche Bedeutung dieses Mannes.

Neben Windthorst hatte die klerikale Fraktion anfangs noch einen andern hochbegabten Führer. Das war Mallinckrodt. Aber wie verschieden waren beide! Wenn Mallinckrodt sprach, so fühlte man sofort heraus, daß alles bei ihm tiefste Überzeugung war. Er war katholischer Fanatiker und kämpfte für eine ihm heilige Sache. Ganz anders war der Eindruck, den man von Windthorsts Reden gewann. Von Fanatismus keine Spur. Alles Sache schlauer Berechnung. Bei seinem skeptischen und zerlegenden Geiste konnte man sich schwer denken, daß ihm die katholische Religion als solche am Herzen liege. Wenn er sich mitunter — es geschah freilich selten — zu religiösem Pathos erhob, so pflegte das Haus zu lachen, weil niemand glauben konnte, daß es ihm damit wirklich Ernst sei. Viel näher liegt der Gedanke, daß Windthorst, klar erkennend, wie die Herrschaft des katholischen Klerus ein Pfahl in dem

Leibe Preußens und des deutschen Reiches sei, mit allen Kräften darnach trachtete, daß die Ausreizung dieses Pfahles nicht gelänge, und daß er sich deshalb zum Wortführer dieser Sache machte. Daß er diese Aufgabe mit der größten Geschicklichkeit, Beharrlichkeit und Konsequenz durchgeführt hat, muß ihm Freund und Feind bezeugen. In seiner Person kam der parlamentarische Advokatismus zur höchsten Blüte.

Mallindrodt starb bereits im Jahre 1874. Seitdem war Windthorst unbestreitbar die bedeutendste geistige Kraft der Partei. Er wurde ihr Haupt und ihr Führer. Unermüdlieh war er im Reden. Auf alles wußte er eine Antwort zu geben. Die Partei selbst wuchs schon im Reichstage von 1874 auf 93 Mitglieder. Später hat sie sich noch weiter verstärkt. So bildete sie eine mächtige und bei dem Hader der übrigen nicht selten die ausschlaggebende Fraktion.

Wir können nicht versuchen, aus den unzähligen Reden, die Windthorst auf Veranlassung des Kulturkampfes im Reichstag und im Abgeordnetenhaus gehalten hat, hier eine noch so bescheidene Blumenlese zu geben. Wir wollen nur auf eine Rede etwas näher eingehen, die sich an ein auch kulturgeschichtlich interessantes Ereignis knüpft.

Sedermann kennt die Vorgänge in Lourdes, wo im Jahre 1858 die Mutter Gottes erschien, worauf dann dieser Ort zu einem großen Wallfahrtsort erhoben wurde. An demselben Tage, wo man dort eine Kapelle einweihte, am 3. Juli 1876, erschien die Mutter Gottes nun auch drei Kindern in einem Walde bei Marpingen, einem Dorfe unweit Trier.

Bald begannen sich Menschen in dem Walde anzusammeln, und nach etwa acht Tagen war dort eine nach Tausenden zählende Menge zusammengeströmt, die bei Tag und Nacht singend und Gebete plärrend auf den Knien lag. Es war klar, daß dieser Unfug nicht länger geduldet werden konnte. Am 12. Juli erschienen dort die zuständigen Beamten mit mehreren Gendarmen und forderten die Menge auf, aus einander zu gehen. Die Menge blieb unbeweglich. Darauf erschienen den folgenden Tag zwei Kompagnien Soldaten. Da abermals die Aufforderung, aus einander zu gehen, unbefolgt blieb, wurde die Trommel gerührt, die Soldaten gingen vor und drängten die Menschen aus dem Walde, wobei einige leichte Verletzungen vorkamen. Noch für einige Zeit mußten zur Aufrechthaltung der Ordnung in Marpingen Exekutionsmittel bereit gehalten werden, deren Kosten die Gemeinde zu tragen hatte. Auch wurde das Betreten des Waldes ohne vorher eingeholte Erlaubnis verboten. Die Mutter Gottes aber erschien nicht wieder.

Ohne Zweifel war die ganze Sache angestiftet. Man wollte im Interesse des Kulturkampfes die Massen mobil machen. Wäre nicht der Schwindel im Reime erstickt worden, so würden wahrscheinlich bald (nach dem Beispiel in Frankreich) fanatisirte Massen die Rheinprovinz durchzogen haben unter dem

Rufe: „Gott rette Rom und Deutschland!“ Es war daher die größte Wohlthat für das Land selbst, daß die Regierung zeitig dagegen einschritt.

Darob nun aber große Entrüstung in dem ultramontanen Lager. Noch nach anderthalb Jahren, am 16. Januar 1878, wurde vom Zentrum durch einen auf die Angelegenheit bezüglichen Antrag, in dem namentlich für die Gemeinde Marpingen eine Entschädigung von 4000 Mark verlangt wurde, im Abgeordnetenhaufe eine Haupt- und Staatsaktion in Szene gesetzt. Natürlich wußte jedermann, daß die Anträge verworfen werden würden. Aber die Sache gab doch Gelegenheit zu fulminanten Reden. Die Schlussrede hielt als Mit-antragsteller der Abgeordnete Windthorst.

Er begann seine Rede damit, daß Erscheinungen, wie die der Mutter Gottes, nicht apriorisch zu verwerfen seien. Auch protestantische Philosophen hätten sich dafür ausgesprochen. Die Entscheidung darüber, ob eine Erscheinung dieser Art auf Realität beruhe, gebühre dem Bischof. Leider sei kein Bischof in Trier vorhanden, sonst hätte sich die Regierung mit diesem in Vernehmen setzen müssen. Nur Materialisten, Atheisten und Deisten vermöchten sich nicht auf diesen Standpunkt der katholischen Lehre zu stellen. Er aber werde unerschrocken die positiven Sätze des Glaubens verteidigen. Der Grund, weshalb sie diese Angelegenheit hier zur Sprache brächten, liege in der Frage, „ob eine Zivilgemeinde unsers Vaterlandes durch Maßregeln der Regierung an den Bettelstab gebracht werden soll.“ Die ganze Methode der Regierung in diesem Lande bestehe in nichts anderem, als darin, überall mit Polizei- und Militär-gewalt einzuschreiten. „Meine Herren, Ideen bekämpft man nicht mit Bajonetten.“ In dem Furore des Kulturkampfes habe man geglaubt, gegen die Manifestation eines katholisch-religiösen Gefühles einschreiten zu müssen. „Ich habe die Überzeugung, man lechzt nach dem Augenblicke, wo man uns mit Kanonen treffen könnte.“ „Was that die Menge? Sie lag auf den Knien, betete und sang. Beten und singen scheint hierzulande sehr staatsgefährlich zu sein.“ Man glaubte die Aufrührakte dagegen verlesen zu müssen. Die Aufrührakte sei aber nicht vor, sondern hinter der Menschenmenge verlesen worden, und deshalb nehme er an, daß sie „absolut nicht richtig verkündet“ worden sei. Auch das Militär sei nicht auf dem ordentlichen Wege, sondern auf einem Umwege in den Wald gelangt. „Ein ordentliches Militärkommando geht tambour battant direkt auf die Masse.“ Das ganze Verfahren widerspreche durchaus den Gesetzen, und eine Landesvertretung, die derartige Dinge mit Gleichgiltigkeit ansehe, erfülle sehr schlecht ihre Pflicht. Im Dorfe aber habe das Militär gewirtschaftet wie in Feindesland. Nach Anführung eines Vorkommnisses in einer Versammlung eines christlich-sozialen Vereins, sagte dann der Redner: „Ich sage Ihnen, ein Staat, der eine betende Menge mit dem Bajonett aus einander treibt, dagegen eine Versammlung, worin das Angeführte gesprochen wurde, duldet, der muß untergehen!“ Und warum versagte

man den Gemeindegliedern das Betreten des Waldes? Die Erlaubnis dazu werde nur auf drei Tage und von morgens bis abends sechs Uhr erteilt. „So tyrannisch greift man in die Selbständigkeit der Kommune, so tyrannisch greift man in die Ausübung des Eigentums des Einzelnen ein — und das alles soll dem Recht und dem Gesetz entsprechend sein!“ „Wenn Sie unsre Anträge ablehnen, so würde darin das Votum liegen, daß die Polizeigewalt thun darf, was sie will, wenn es nur zu einem Zwecke geschieht, der Ihnen paßt.“

Auch hier fragen wir einfach: Hält jemand in der Welt den Abgeordneten Windthorst für so dumm, daß er an das, was er hier vorgebracht hat, wirklich geglaubt hätte? Solche Reden muß man lesen, um den Mann richtig zu beurteilen. Man könnte vielleicht zur Entschuldigung sagen, daß es nun einmal in parlamentarischen Verhandlungen zur Erreichung der Zwecke, die man verfolgt, nicht ganz unüblich sei, zu übertreiben, zu entstellen und wohl auch zu lügen. Wir antworten darauf: Ein würdiger Mann verschmäht es, diese Mode mitzumachen. Natürlich war diese, sowie viele andre Reden ähnlichen Stils, nur zum geringsten Teile für die Versammlung berechnet, in der sie gehalten wurde. Sie sollte hinaus gehen ins Volk und dieses aufheizen. Schon in dem parlamentarischen Protokoll waren für diesen Zweck die Hauptkraftstellen mit gesperrten Lettern gedruckt. Aus dem Protokoll gingen dann solche Reden in die ultramontanen Blätter über und übten in den Massen ihre Wirkung. Wir begegnen hiermit einer Seite in dem Wesen Windthorsts, die wir bisher noch nicht besonders hervorgehoben haben. Windthorst war nicht bloß ein einflußreicher Parlamentarier, sondern zugleich ein gefährlicher Demagog. Wie kein andrer verstand er die Dummheit der Menschen zu benutzen, indem er ihnen weis machte, daß ihnen ihre Religion genommen werden solle.

Richtig ist, daß Windthorst seit Ende der siebziger Jahre im allgemeinen etwas milder auftrat, ja daß er sogar in einzelnen Dingen (z. B. bei der Zollgesetzgebung) die Regierung unterstützte. Sicherlich aber beruhte dies nicht auf einer Wandlung seines Sinnes, sondern es haben andre Gründe auf ihn eingewirkt. So groß auch sein Einfluß in seiner Fraktion war, so konnte er doch auch dieser gegenüber nicht immer, wie er wollte. Schon an sich mochte es schwer sein, eine Fraktion, in der die verschiedensten politischen Färbungen vertreten waren, stets unter der klerikalen Fahne zusammenzuhalten. Nun traten auch die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund, und bei diesen hört selbst für den eifrigsten Katholiken der Religionsfanatismus auf. Endlich waren auch Elemente in der Fraktion, die doch nicht ganz auf dem extremen Standpunkte Windthorsts standen. Dem Schreiber dieser Zeilen ist noch wohl erinnerlich, daß, als er einst im Laufe der siebziger Jahre einem ihm befreundeten, hervorragenden Zentrumsmann, der sich bei allem Eifer für die katholische Sache doch einen warmen Patriotismus bewahrt hatte,

aus dem Verhalten Windthorsts Vorhalt machte, er die Antwort erhielt: „Glauben Sie nur, Windthorst würde noch ganz anders auftreten, wenn wir ihn nicht öfter zurückhielten.“ Endlich aber weiß man auch nicht, was dem Auftreten Windthorsts in einzelnen Fällen zu Grunde lag. Die innere Geschichte des Kulturkampfes und seines Rückganges ist noch nicht bekannt geworden und wird vielleicht, wenn die Hauptbeteiligten darüber hinwegsterben, nie bekannt werden. Zur Zeit aber kann niemand wissen, in welcher Beziehung die mitunter bethätigte Willfährigkeit Windthorsts zu den Zugeständnissen stand, die nach und nach der von ihm vertretenen Sache gemacht wurden. Daß Windthorst irgend etwas umsonst gethan habe, ist nicht wahrscheinlich. Daß er auch, wenn er wollte, gerade so gut für als gegen eine Sache plädiren konnte, das verstand sich von selbst. Um Gründe war er nie verlegen.

Wo er aber irgend konnte, war er auch noch während der letzten Jahre bemüht, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Man denke an seine Abstimmungen in der Septennatsfrage und in der sich wiederholenden Frage über Verlängerung des Sozialistengesetzes; wobei er freilich mehrfach erleben mußte, daß ein Teil seines Heerbannes von ihm abschwenkte. Vor allem aber wollte Windthorst den Kulturkampf nicht als beendet gelten lassen. Natürlich! denn der war ja sein Lebenselement. Nachdem die Kirche fast alles, was sie früher besessen, zurückerlangt hatte, erklärte er, daß nun über die Schule der Kulturkampf erst recht losgehen solle. Und als sich fast sämtliche Klöster wieder mit den geistlichen Orden gefüllt hatten, erklärte er, daß nun auch die Jesuiten zurückgerufen werden müßten. Einen seiner glänzendsten Siege hat Windthorst noch in seinem letzten Lebensjahre errungen in der Sperrgeldervorlage der Regierung. Gern glauben wir der Versicherung des Reichskanzlers von Caprivi, daß er keine damit in Beziehung stehende Abmachungen mit dem Zentrum geschlossen habe. Aber der Umschwung in der Ansicht der Regierung ist doch zu seltsam, als daß man nicht nach besondern Gründen dafür suchen sollte. Und wer kann sagen, welche weitem Zugeständnisse dieser Mann des Unheils, wenn er länger gelebt hätte, noch erpreßt haben würde einer Regierung gegenüber, in der sich ein Mann wie Minister von Goxler nur noch als eine Last und ein Hemmnis fühlte? Daß Windthorst seine politische Laufbahn noch nicht als abgeschlossen ansah, das beweist die in den Zeitungen berichtete Thatsache, daß er noch auf seinem Todenbette mit lauter Stimme von der Rede phantasirte, die er für die Rückberufung der Jesuiten halten wollte. Gott hat es anders gewollt und hat ihn selbst von dieser Erde abgerufen.

Wir haben oben abgelehnt, über die innern Beweggründe Windthorsts für sein Handeln zu urteilen. Aber wir nehmen keinen Anstand, auszusprechen, daß in Windthorst der böse Genius der deutschen Nation verkörpert war.

Dieser Mann nun ist bei seinem Tode gefeiert worden, als ob er sich die größten Verdienste um das deutsche Vaterland erworben hätte. Bei seiner

Leichenfeier umstanden die höchsten Würdenträger des Reichs und Preußens den Sarg und hörten die Rede mit an, die der höchste katholische Geistliche des preußischen Staates zur Lobpreisung des Dahingeshiedenen hielt, und die mit den Worten schloß: „Wir alle bezeugen ihm an seinem Sarge, daß er einen guten Kampf gekämpft. Gott gebe uns, wofür er gekämpft, was er erhofft.“ So berichtet der Reichsanzeiger.

Mitunter scheint die Weltgeschichte an einzelnen Erscheinungen recht auffällig zeigen zu wollen, welch ein sonderbares Ding doch die Politik ist.



## Die neu gefundene Schrift des Aristoteles



ins der berühmtesten Werke des Aristoteles, die „Politien“ mit den Verfassungen von einhundertachtundfünfzig Staaten, oft zitiert von spätern Schriftstellern, glaubte man noch vor kurzem mit Ausnahme der Zitate gänzlich verloren: jetzt ist in Papyrusrollen, die man aus ägyptischen Gräbern ans Licht gezogen hat, der Hauptteil des Werkes, die „Verfassung Athens“ gefunden worden. Als die Rollen dem Britischen Museum, zu dessen größten Schätzen sie jetzt zählen, zum Ankauf vorlagen, war ihr wertvoller Inhalt den Verkäufern wie den Käufern noch gleich unbekannt; aber als man sich an die Entzifferung der vier Rollen machte, da konnte es nicht lange zweifelhaft bleiben, daß man wirklich des Aristoteles „Athenische Verfassung“ in den Händen habe. Denn ganz abgesehen davon, daß von vornherein der Inhalt und die Behandlungsweise darauf hinwies: von den achtundfünfzig Stellen des Werkes, die in der spätern Litteratur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zitiert werden, fand man in den entzifferten Abschnitten der Papyrusrollen fünfundsünfzig, zum Teil in richtigerer Fassung, wieder.

Der ersten Nachricht, die von dem kostbaren neuen Funde verlautete, folgte seine Veröffentlichung\*) auf dem Fuße nach; im Auftrage der Direktion des Britischen Museums hat Herr Kenyon, Universitätslehrer zu Oxford und Beamter in der Bibliothek der Manuskripte des Britischen Museums, die editio princeps, die jetzt (im März) bereits in zweiter Auflage vorliegt, mit großer Genauigkeit und Gründlichkeit besorgt. Das Werk wird unsre Philo-

\*) Aristotle, On the constitution of Athens ed. by F. G. Kenyon, M. A., II. ed., Sold at the Museum, 1891.